

Planungsbüro  
Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Str. 16  
35440 Lindern

Auftraggeber: P22 Stadt Wetzlar, B-Plan Nr. 259

Dauauftraggeber:  
Dachstuhl  
GmbH  
Fak.  
Im Neuborn  
Postfachstr. 10  
35582 Wetzlar

Datum: 27.08.2010

**Bauleitplanung der Stadt Wetzlar**  
**Bebauungsplan Nr. 259 für das Gebiet „Nauborner Straße, Gemarkungsgrenze, Solms-  
Straße und Ludwig-Erk-Straße“ 1. Änderung**  
**Beteiligung gemäß § 4 BauGB**  
**Hier: Stellungnahme Untere Forstbehörde**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
zu o. b. Bauleitplanung gebe ich aus forstlicher Sicht folgende Stellungnahme ab:  
Die textlichen Festsetzungen zu o. b. Bebauungsplan sehen unter Punkt 2.3.1.2 sowie unter Punkt 2.3.1.3 die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern vor. Ich darf Sie bitten die Gehölzpflanzungen so auszuführen und zu pflegen, dass sich aus den Anpflanzungen kein Wald im Sinne des § 1 Hess. Forstgesetz entwickelt.  
Ich darf Sie bitten die forstlichen Belange zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen  
  
I.A. Möpper



**HESSEN-FORST**  
Landwirtschaftliche  
Gemeinschaft Wetzlar  
Bismarckstr. 11, A  
35582 Wetzlar  
Telefon: 0431/6150-0  
Telefax: 0431/6150-27  
www.hessen-forst.de

**Kontakt**  
Telefon: 0431/6150-0  
Telefax: 0431/6150-27  
www.hessen-forst.de

**Leitung**  
Herold Böhm

Hessen Forst (27.08.2010)

Beschlussesempfehlung

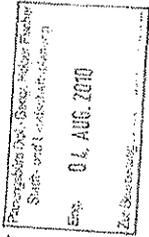
**Zu 1: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Die Festsetzungen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen beschränken sich einerseits auf die Anpflanzung von Laubbäumen und Laubgehölzen in Abhängigkeit von der Stellplatzanzahl, während andererseits der Umfang an Anpflanzungen auf einen Anteil von 10 % der Grundstücksfreiflächen begrenzt ist, sodass eine Entwicklung von Wald i.S.d. § 1 Hess. ForstG vorliegend nicht zu erwarten ist.



Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises • Postfach 19 40 • 35573 Wetzlar

Planungsbüro Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Straße 16  
35440 Lindeln



23.3 Regionalservice  
Süd  
Büro  
02.08.2010  
Uwe Zechner

23/2010-BEW-23-016

Anwesenheitsliste:  
Herr DIWISCH  
Telefon Durchwahl: 06441 407-17 43  
Telefax Durchwahl: 06441 407-10 65  
Gebäude-Zimmer-Nr.: C 618  
Telefonzentrale: 06441 407-0  
E-Mail: maubaus@wvnet.lahn-dill-kreis.de  
Internet: <http://www.lahn-dill-kreis.de>

**Bauleitplanung der Stadt Wetzlar,  
1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 259 für das Gebiet „Nauborner  
Straße, Gemarkungsgrenze, Soltmer Straße und Ludwig-Erk Straße“;  
hier: Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher  
Belange gem. § 4 (2) BauGB i.V.m. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
bezüglich des Entwurfes zur 1. Änderung des o.g. Bebauungsplanes nehmen  
wir in Bezug auf die wasser- und bodenschutzrechtlichen Belange wie folgt  
Stellung.

**Wasserschutzgebiete**

- 1. Das Planungsgebiet liegt weder in einem festgesetzten bzw. geplanten  
Wasserschutzgebiet für Trinkwassergewinnungsanlagen noch in einem  
festgesetzten bzw. geplanten Heilquellenschutzgebiet.

**Gewässer**

- 2. Der Geltungsbereich der 1. Bebauungsplanänderung grenzt im Westen  
an den Wetzbach und liegt teilweise im Überschwemmungsgebiet  
dieses Gewässers.  
Entlang der nördlichen Grenze des Geltungsbereiches verläuft der  
Hegebach, ein Überschwemmungsgebiet ist hier nicht festgesetzt.
- 3. Gemäß § 36 WHG vom 31.07.2009 dürfen von baulichen Anlagen an  
oberirdischen Gewässern keine schädlichen Gewässeränderungen  
ausgehen.

**Beschlussesempfehlungen**

**Wasserschutzgebiete**

**Zu 1: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

**Gewässer**

**Zu 2: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

**Zu 3: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Im Zuge der geplanten Neuerrichtung des Lebensmittel-Discounters ist jedoch nicht  
vom Eintreten schädlicher Gewässeränderungen auszugehen, da in Richtung des  
Wetzbaches ausschließlich einzelne Stellplätze errichtet und die Gewässerverläufe  
im Zuge der weiteren Planung auch künftig in der bestehenden Form erhalten  
werden sollen.



4. § 38 WHG gibt vor, dass innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ein Gewässerstrandstreifen mit einer angemessenen Breite festzusetzen ist. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben.
5. Gemäß § 78 Abs. 1 Nr. 2 WHG ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 43 und 35 BauGB untersagt. Das trifft insbesondere auf die geplante Bebauung des Flurstückes 44/6 und die Herstellung der Parkplatzebenen im Überschwemmungsgebiet des Wietzbaches zu. Die geplanten Maßnahmen und die weitere Vorgehensweise sind daher eingehend mit dem Servicedienst 23-1 – Herr Bastian (066441 – 407 1748) abzustimmen.
6. Im Übrigen bestehen gegen den Entwurf zur Änderung des o.g. Bebauungsplanes im Hinblick auf die von uns zu beurteilenden wasser- und bodenschutzrechtlichen Belange keine Bedenken. Eine Durchsicht dieser Stellungnahme haben wir dem Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Umwelt, zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Im Auftrag

Ludwin Schmitt

**Zu 4: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Ein gesetzlicher Uferbereich ist vorliegend aufgrund der Lage des Plangebietes der 1. Änderung des Bebauungsplanes innerhalb des baurechtlichen Innenbereiches nicht vorhanden. Gem. § 38 Abs. 3 Nr. 3 HWG kann die zuständige Behörde für Gewässer oder Gewässerabschnitte innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile Gewässerstrandstreifen mit einer angemessenen Breite festsetzen. Hierbei handelt es sich jedoch um eine behördliche Ermessensentscheidung, sodass für das weitere Bauleitplanverfahren kein Handlungsbedarf besteht.

**Zu 5: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Vorliegend handelt es sich jedoch nicht um die Neuausweisung eines Baugebietes, sondern um die Überplanung des im Plangebiet der 1. Änderung bereits vorhandenen Baubestands im Sinne einer planungsrechtlichen Umwidmung von Allgemeinem Wohngebiet in Mischgebiet in Verbindung mit der Modifikation der Gebäudestellung des bestehenden Lebensmitteldiscounters. Darüber hinaus erfolgt eine niveaugleiche Anlage der geplanten Stellplatzflächen, sodass ein Verlust an Retentionsraum ausgeschlossen werden kann und mithin eine Beeinträchtigung wasserwirtschaftlicher Belange nicht zu erwarten ist.

Weiterhin kann auf die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Gießen, Abt. Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz, Dez. 41,2, Bezug genommen werden, im Rahmen derer ausgeführt wird, dass die Verbotserregelungen des § 78 Abs. 1 Nr. 2 WHG aufgrund der Lage des Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes innerhalb der bestehenden Geltungsbereichsgrenze und somit im baurechtlichen Innenbereich keine Anwendung finden. Für die Errichtung einzelner baulicher Anlagen gelten jedoch die Verbote des § 78 Abs. 3 WHG i.V.m. den Ausnahmeregelungen des § 78 Abs. 3 WHG, sodass im Zuge der weiteren Planung entsprechend des vorgebrachten Hinweises diesbezüglich eine Abstimmung erfolgen wird.

**Zu 6: Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**



Landesamt für Denkmalpflege • Fachamt • Schirnbergstraße 1 • 60309 Wiesbaden

Planungsbüro  
Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Straße 15

35440 Linden

Empfangsstempel: **15. AUG. 2010**  
Zur Bearbeitung  
Angehörigen  
Bearbeiter: **Udo Schreiber**  
Durchwahl: **0811 89906146**  
Fax: **0811 89906140**  
E-Mail: **usschreiber@denkmalpflege.hessen.de**  
Ihre Nachricht  
Datum: **12.8.2010**

Landesamt für Denkmalpflege Hessen (12.08.2010)

**Beschlussempfehlung**

**Bauleitplanung der Stadt Wetzlar, B-Plan Nr. 259 „Nauborner Straße“  
Beteiligung nach §4(2) BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herrn,

- Wir bitten in dem oben genannten B-Plan auszuweisen, dass es sich bei dem Gebäude Nauborner Straße 94-104 um ein Kulturdenkmal nach § 2(1) Hessisches Denkmalschutzgesetz handelt.

Mit freundlichen Grüßen

I.A.

U. Schreiber

**Zu 1: Der Anregung wird nicht entsprochen.**

Die Gebäude Nauborner Straße 94-104 befinden sich außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes.

Die vorliegende 1. Änderung wurde zum Anlass genommen, die Planzeichnung des zugrunde liegenden Bebauungsplanes von 1975 in digitaler Form aufzubereiten, sodass in der Planzeichnung der 1. Änderung nunmehr auch der übrige Gesamtgeitungsbereich dargestellt ist, ohne dass in dem Bereich entsprechende Planänderungen vorgenommen wurden.

60309 Wiesbaden, Schirnbergstraße 15  
Telefon 08 11 - 89909  
Telefax 08 11 - 8990140

E-Mail: [post@denkmalpflege.hessen.de](mailto:post@denkmalpflege.hessen.de)  
Homepage: <http://www.denkmalpflege.hessen.de>

Naturschutzverbände des  
Lahn-Dill-Kreises und der  
Stadt Wetzlar

HORN-REINOLD-PLATZ 10/101 / 35574 LER / 35574 DORTA  
3. AVUS-STR. 101, 35574 THOMAKA, GEMEINSCHAFTSST. 15, 35574 AGLAR

Planungsbüro  
Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Str. 16

35440 Linden

Bauleitplanung der Stadt Wetzlar, Bebauungsplan Nr. 253 "Nauborner Straße  
und Ludwig-Erk-Straße", 1. Änderung, Stellungnahme der anerkannten  
Naturschutzverbände des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar;

Ihr Schreiben vom 22.07.2010, Az. Schade;

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Naturschutzverbände des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar nehmen zu  
dem vorliegenden Planentwurf wie folgt Stellung:

1. Das o. a. Plangebiet wird im Norden durch den „Hegebach“ und im Westen durch  
den „Wetzbach“ begrenzt.  
Beide Gewässer weisen nach den Ergebnissen des „Landschaftspflegerischen  
Planbeitrages“ eine standortgerechte Gehölzaufwuchs aus Erle und Weide sowie  
anderen Gehölzen auf.  
Im Hinblick auf die besonderen Lebensraumfunktionen der begleitenden  
Gehölzsäume, sind diese im vorliegenden Planentwurf zum Erhalt festzusetzen.  
Weiterhin sind im Zuge der Bauarbeiten Maßnahmen zu ergreifen (Abspernungen  
etc.), die eine Beeinträchtigung der Gewässer oder der begleitenden  
Gehölzbestände verhindern.
3. Auf die lokal-klimatischen Funktionen der Gehölzflächen im innerstädtischen Bereich  
sowie die Regelungen des § 31 Abs.1 (1) HEINatG wird hingewiesen.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag



Jörg Thomaka

Naturschutzverbände des Lahn-Dill-Kreises und der Stadt Wetzlar (27.08.2010)

### Beschlussempfehlungen

**Zu 1.: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

**Zu 2: Der Anregung wird nicht entsprochen.**

Die Ufergehölzsäume sind nach § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG als naturnahe  
Vegetation der Fließgewässer gesetzlich geschützt. Eine Festsetzung zum Erhalt ist  
damit entbehrlich. Im Übrigen kann auf die einschlägigen Regelungen zum Erhalt  
sowie zum Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei  
Baumaßnahmen hingewiesen werden, die im Rahmen der Bauausführung zu  
beachten sind.

**Zu 3.: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Die vorhandenen Ufergehölze stellen als naturnahe Vegetation der Fließgewässer  
ein gesetzlich geschütztes Biotop gem. § 30 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG dar. Eine  
Ausnahmegenehmigung wurde von der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt  
Wetzlar jedoch in Aussicht gestellt und im Namen der Stadt Wetzlar mit Schreiben  
vom 26.07.2010 bereits beantragt.

PLEdoc GmbH (25.08.2010)

**Beschlussempfehlungen**

PLEdoc GmbH • Podfach 12 02 55 • 45312 Essen  
Planungsbüro Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Straße 16  
35440 Linden

LEITUNGS-  
AUSKUNFT  
FERNPLANUNGSBEARBEITUNG

Telefon 0201/36 59 - 0  
Telefax 0201/36 59 - 160  
E-Mail fremdplanung@pledoc.de

zuständig Hans Menne  
Durchwahl 0201 3659 345

Ihr Zeichen	ihre Nachricht vom	an	unser Zeichen	Datum
Schade	22.07.2010	PLEdoc GmbH	PE_230895	25.08.2010

**Bauleitplanung der Stadt Wetzlar**

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 259 für das Gebiet "Nauborner Straße, Gemarkungsgrenze, Solmser Straße und Ludwig-Erk-Straße"**

hier: Ferngasleitung Nr. 11 der E.ON Gastransport GmbH mit Betriebskabel und Zubehör, DIN 300, Bestandspläne Blatt 145 und 146, Schutzstreifenbreite 10 m

Sehr geehrte Damen und Herren,

**1.** zu unseren Aufgaben gehören u. a. die Leitungsauskunft und technische Dokumentation für die von der E.ON Ruhrgas AG betriebstechnisch überwachten Versorgungseinrichtungen der E.ON Gastransport GmbH.

Die uns mit Ihrer Nachricht über den Beschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 259 der Stadt Wetzlar zur Verfügung gestellten Planunterlagen senden wir Ihnen mit unseren Bearbeitungsvermerken versehen als Anlagen zurück.

**2.** In dem Bebauungsplan im Maßstab 1 : 1 000 sowie dem Bebauungsplanauszug „Planung Penny-Markt“ im Maßstab 1 : 500 haben wir jeweils die vorhandene Trassenarstellung der Ferngasleitung überprüft und in roter Farbe nachgezogen. Zusätzlich haben wir die äußeren Begrenzungslinien des 10 m breiten Schutzstreifens (5 m beiderseits der Leitungssachse) berichtigt und leitungssachbezogene Kenndaten hinzugeschrieben.

Geschäftsbereich: Anne-Kathrin Witt  
PLEdoc Gesellschaft für Informationsmanagement mbH • Schenkweg 19-24 • 45324 Essen  
Telefon: 0201 728 5140 • Telefax: 0201 76 59 163 • E-Mail: info@pledoc.de • Internet: www.pledoc.de  
Anerkennung: Essen-Herdebrandstr. 8 8864 • USt-IdNr. DE 133769451  
Gründete Bank AG Naumburg, BILZ 248 700 740, KofuIdNr. 56 103 200



Wir bitten Sie, unsere Berichtigung und Ergänzung sowie die zutreffenden Auflagen und Hinweise des beiliegenden und sinngemäß für die Leitungen der E.ON Gastransport GmbH geltenden Merkblattes der E.ON Ruhrgas AG auch in der Zeichenerklärung und den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanverfahrens zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang machen wir zusätzlich bzw. besonders auf Folgendes aufmerksam:

3. Da eine Bebauung des Schutzstreifens nicht zulässig ist, bitten wir Sie, die Baugrenzen außerhalb des Schutzstreifenbereiches festzusetzen.
4. Das vorhandene Geländeniveau ist nach Möglichkeit beizubehalten. Notwendige Änderungen sind - wie alle Maßnahmen im Schutzstreifenbereich - nur nach vorheriger Abstimmung mit der E.ON Ruhrgas AG statthaft.
5. Der Errichtung von Parkplätzen im Schutzstreifen ist nur gestattet, wenn
  - a) die Oberflächenbefestigung vorher mit der E.ON Ruhrgas AG abgestimmt und
  - b) die Ferngasleitung mit Begleitkabel und Zubehör zur Kontrolle, Wartung oder Reparatur jederzeit durch das Fachpersonal der E.ON Ruhrgas AG erreicht und erforderlichenfalls freigelegt werden kann.
6. Für eine Leistungsanzeige und zur Klärung weiterer Einzelheiten vor Ort ist Herr Slupik oder dessen Vertreter unter der zentralen Rufnummer 06 408 / 970 - 00 in der Betriebsstelle Reiskirchen der E.ON Ruhrgas AG als Ansprechpartner zu erreichen.
7. Abschließend bitten wir Sie, uns auch weiterhin am Verfahren zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen  
PLEDoc GmbH

  
Werner Häfer

**Anlagen**  
Bebauungsplan  
Planauszug  
Bestandspläne  
Merkblatt

**Verteiler**  
TBH Aegidienberg, Herr Karskens  
TBHR Reiskirchen, Herr Thiele / Herr Slupik  
ARAS, Herr Dr. Bala  
(Gemarkung Wetzlar)

  
Hans Menne

**Zu 3: Der Anregung wird gefolgt.**

Im Rahmen der Entwurfsfortschreibung werden die Baugrenzen entsprechend der Anregung geändert, sodass der Schutzstreifen außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen liegt.

**Zu 4: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Es besteht jedoch kein weiterer Handlungsbedarf für das Bauleitplanverfahren. Eine entsprechende Abstimmung erfolgt im Rahmen der Bauausführung.

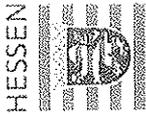
**Zu 5: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Die geplanten Parkplatzflächen befinden sich teilweise innerhalb des beidseitigen Schutzstreifens der Ferngasleitung, sodass im Zuge der weiteren Planung eine entsprechende Abstimmung erfolgt.

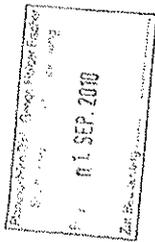
**Zu 6.: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.**

**Zu 7: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Die PLEDoc GmbH wird als Versorgungsträger am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt.



Amt für Straßen- und Verkehrswesen Dillenburg (30.08.2010)



Amt für Straßen- und Verkehrswesen Dillenburg  
Postfach 1443, 35604 Dillenburg

Planungsbüro Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Straße 16  
35440 Lindeln

Aktenzeichen N-Pr - 34 c 2

Dat.-Nr. 0483

Bearbeiterin Dirk Pöter

Durchwahl 234

Telefax 02771940-300

E-Mail dirk.poeter@strvw.hessen.de

Datum 30. August 2010

**L 3053, Stadt Wetzlar, Kernstadt  
Bebauungsplan Nr. 259  
"Nauborner Straße, Solmsers Straße und Ludwig-Erk-Straße" [Einwurf 052010]  
Beteiligung der Behörden zum Beschleunigten Verfahren (§ 13a (2) 1 BauGB)**

Ihr Schreiben vom 22.07.2010, Frau Schade

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im südlichen Bereich der Kernstadt Wetzlar sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Modernisierung des Penny-Marktes am Standort Nauborner Straße mit der Umwidmung einer als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesenen Fläche in Mischgebiet geschaffen werden.

**Stellungnahme**

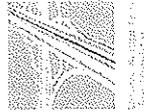
Das Plangebiet grenzt innerhalb der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt an die L 3053, an welche seine äußere verkehrliche Erschließung erfolgt. Die Erreichbarkeit des Marktstandortes mit dem ÖPNV sowie für Fußgänger und Radfahrer ist gegeben.

Gemäß § 41 (3) HStVG sind Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern Träger der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen und Kreisstraßen. Daher nimmt die Stadt Wetzlar im vorliegenden Fall die straßenrechtlichen, straßenbaulichen und verkehrlichen Belange nach den geltenden Vorschriften eigenverantwortlich wahr.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

*Dirk Pöter*  
Dirk Pöter

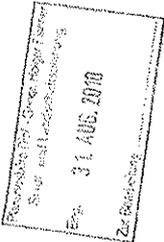
35483 Dillenburg, Marktplatz 16  
Telefon: 02771840-0  
Fax: 02771840-300  
www.strvw.hessen.de  
Landesbank Hessen-Thüringen  
Kto. Nr.: 1000 512  
BLZ: 350 500 00  
IBAN: DE 67 350 500 0000 1000 512  
Zahlungen: HCC-HSW  
LSH-Nr.: 059 1170027  
SL-Nr.: 04326303591



**Beschlussempfehlungen**

**Zu 1: Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

**Zu 2: Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**



Regierungspräsidium Gießen - Postfach 100451 - 35334 Gießen

Planungsbüro  
Holger Fischer  
Konrad-Adenauer-Straße 16  
35440 Linden

Geschäftszeichen:  
IH 32 - 61 00401 Wetzlar-20-  
Benutzer-Nr.: Frau Josephit  
Telefon: 0641 303-23 52  
Telefax: 0641 303-23 59  
E-Mail: ostra.josephit@reg.hessen.de  
Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:

Datum: 30. August 2010

Bauleitplanung der Stadt Wetzlar  
hier: 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 259 für das Gebiet „Nauborner  
Straße, Gemarkungsgrenze, Salmser Straße und Ludwig-Erk-Straße“

Verfahren nach § 4(2) i. V. m. § 13a BauGB

Ihr Schreiben vom 22.07.2010, hier eingegangen am 23.07.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,  
aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange nehme ich zur o. g. Bauleitplanung  
wie folgt Stellung:

Obere Landesplanungsbehörde  
Bearbeiter: Herr Faulenbach / Frau Leonard, Dez. 31, Tel. 0641/303-2425/-2417

Gegen den Planentwurf bestehen aus regional- und landesplanerischer Sicht grund-  
sätzlich keine Bedenken. Bezüglich der Errichtung eines Backshops sollte jedoch die  
mögliche Beeinträchtigung von umliegenden Handwerksbetrieben überprüft werden.

Grundwasser, Wasserversorgung  
Bearbeiter: Herr Schmeil, Dez. 41.1, Tel. 0641/303-4147

2. Der Planungsraum liegt außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten.

Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz  
Bearbeiterin: Frau Rundnagel, Dez. 41.2, Tel. 0641/303-4181

3. Gemäß Begründung der Bebauungsplanänderung wurde der Bebauungsplan im Jahre  
1975 genehmigt. Die vollständige Geltungsbereichsgrenze ist im Lageplan darge-

stellt. Soweit keine Hinweise und Anträge vorliegen, ist keine Überprüfung des Bestandes erforderlich.  
35334 Gießen, Ludwig-Adenauer-Platz 1 - 7, 0641/303-2425 (Telefon) 0641/303-2417 (Telefax)  
0641/303-2359 (E-Mail) [reg@reg.hessen.de](mailto:reg@reg.hessen.de)  
Internet: [www.reg.hessen.de](http://www.reg.hessen.de)

Regierungspräsidium Gießen (30.08.2010)

Beschlussesempfehlungen

Obere Landesplanungsbehörde

**Zu 1: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

Im unmittelbaren Umfeld des Planstandortes befinden sich jedoch keine Betriebe des  
Lebensmittelhandwerks, sodass eine Beeinträchtigung ggf. wahrgenommener  
Nahversorgungsfunktionen nicht zu erwarten ist. Im Übrigen handelt es sich  
vorliegend um Betriebe, welche dem allgemeinen wirtschaftlichen Wettbewerb  
unterliegen, mithin besteht kein Handlungsbedarf für das weitere Bauleitplan-  
verfahren.

Grundwasser, Wasserversorgung

**Zu 2: Der Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz

**Zu 3: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.**

Die Untere Wasserbehörde als zuständige Wasserbehörde wird im Zuge der  
weiteren Planung entsprechend beteiligt.

stellt. Demnach verläuft der Weitzbach einschließlich seines vollständigen Überschwemmungsgebiets innerhalb des Geltungsbereiches von Süd nach Nord. Das Überschwemmungsgebiet des Weitzbaches wurde im Jahre 2005 amtlich neu festgelegt.

Darüberhinaus kreuzt der Heigebach von Ost nach West den Geltungsbereich des Bebauungsplanes. Ein gesetzlicher Uferbereich ist auf Grund des baurechtlichen Innenbereiches nicht vorhanden.

Die zukünftige Baugrenze im beantragten Änderungsbereich *Pennymarkt* liegt außerhalb des Überschwemmungsgebietes bzw. greift an die Überschwemmungsgebietslinie des Weitzbaches an. Innerhalb des Überschwemmungsgebietes ist im beantragten Änderungsbereich *Pennymarkt* die Errichtung von Parkplätzen (bauliche Anlage gemäß HBO) vorgesehen.

Außerhalb des beantragten Änderungsbereiches, aber innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes, liegen weitere Bauflächen teilweise im amtlich neu festgestellten Überschwemmungsgebiet (Flurstücke 6/2, 7/1, 8/2, 17/24, 15/23, 15/22, 106/46, 107/46, 108/46, 47/2).

Die geplanten Änderungen (Pennymarkt sowie Festlegung einer Baugrenze für die übrige Bebauung im Geltungsbereich) finden innerhalb der bestehenden Geltungsbereichsgrenze und somit im baurechtlichen Innenbereich statt. Die Verbotserregungen gemäß § 78 Abs. 1 Pkt. 1 WHG zur Ausweisung neuer Bauflächen im Überschwemmungsgebiet finden keine Anwendung. Für die Errichtung einzelner baulicher Anlagen im Überschwemmungsgebiet gelten die Verbote des § 78 Abs. 1 Pkt. 2 WHG in Verbindung mit den Ausnahmeregelungen des § 78 Abs. 3 WHG. Die zuständige Wasserbehörde im Fall des § 78 Abs. 3 ist die Untere Wasserbehörde. Ich bitte diese im Verfahren anzuhören.

4. Da mir der alte Bebauungsplan mit seinen textlichen Festsetzungen nicht vorliegt, gehe ich davon aus, dass im Jahre 1975 keine Festsetzungen zum Bauen im Überschwemmungsgebiet in den Bebauungsplan aufgenommen wurden. Im Fall der geplanten Bebauungsplanänderung und Aktualisierung des Bebauungsplanes ist die Aufnahme einer textlichen Festsetzung zum Überschwemmungsgebiet unabhängig. Diese ist mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

Zur geplanten Bebauungsplanänderung bestehen aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange keinen grundsätzlichen Bedenken. Ich empfehle folgende textliche Festsetzung mit aufzunehmen:

*Die Errichtung baulicher Anlagen im Überschwemmungsgebiet des Weitzbaches ist gemäß § 78 Abs. 1 Pkt. 2 WHG unzulässig. Mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde ist abzuklären, ob eine Ausnahmegenehmigung gemäß § 78 Abs. 3 WHG erteilt werden kann.*

**Kommunales Abwasser, Gewässergröße**  
**Bearbeiterin: Frau Sanow, Dez. 41.3, Tel. 0641/503-4226**

5. Aus Sicht des Dezernates bestehen gegen die vorgelegte 1. Änderung des Bebauungsplanes keine Bedenken.

#### **Zu 4: Der Anregung wird gefolgt.**

Im Rahmen der Entwurfsfortschreibung wird ein entsprechender Hinweis in die 1. Änderung des Bebauungsplanes aufgenommen. Eine Festsetzung kann mangels Rechtsgrundlage jedoch nicht erfolgen.

**Kommunales Abwasser, Gewässergröße**

**Zu 5: Hinweis wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe, Grundwasserschadensfälle, Altlasten, Bodenschutz  
 Bearbeiter: Herr Oortter, Dez. 41.4, Tel. 0641/303-4281

Im Altlasten-Informationen-System (ALTIS) des Landes Hessen beim Hessischen Landesamt für Umwelt u. Geologie (HLUG) sind alle seitens der Kommunen gemeldeten Altflächen (Altablagerungen und Altstandorte) sowie sonstige Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen erfasst.

Nach entsprechender Recherche ist festzustellen, dass sich im Planungsraum folgende entsprechende Flächen befinden:

Nauborner Straße 86 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.447  
 Nauborner Straße 118 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.428  
 Nauborner Straße 126 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.430  
 Nauborner Straße 138 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.674  
 Nauborner Straße 142 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.432  
 Nauborner Straße 146 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.024  
 Nauborner Straße 146a – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.434  
 Wetzlarstraße 1 – ALTIS-Nr. 532.023.090-001.626  
 Altablagerung Ludwig-Erk-Schule – ALTIS-Nr. 532.023.090-000.039

Bei den betreffenden Grundstücken handelt es sich – ausgenommen bei der Altablagerung – um Altstandorte gemäß § 2 Abs. 5 Nr. 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG). Altstandorte im Sinne dieser Definition sind Grundstücke stillgelegter Anlagen, auf denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen worden ist.

Weitergehende Informationen zu den Altstandorten – insbesondere über ein ggf. tatsächlich davon ausgehendes Gefährdungspotenzial für die Umwelt – sind mir derzeit nicht bekannt. Um dies ermitteln zu können, müssten zunächst entsprechende, über die reine Erfassung hinausgehende Erkundungen (Historische Recherche) und orientierende umwelttechnische Untersuchungen (Ersuniersuchung) durchgeführt werden.

Die Altablagerung „Ludwig-Erk-Schule“ wurde im Rahmen des Abschlussprogramms „kommunale Altlastenbeseitigung“ einer Einzelfallrecherche unterzogen. Auffälligkeiten, die auf einen Altlastenverdacht hindeuten, wurden dabei nicht festgestellt.

Da die Erfassung der Grundstücke mit stillgelegten gewerblichen und militärischen Anlagen – soweit auf ihnen mit umweltrelevanten Stoffen umgegangen wurde (Altstandorte) – in Hessen zum Teil noch nicht flächendeckend erfolgt ist, sind die Daten im ALTIS nicht vollständig. Deshalb empfehle ich Ihnen, weitere Informationen (z. B. Auskünfte zu Betriebsstilllegungen aus dem Gewereregister) bei der Stadt Wetzlar und bei der Wasser- und Bodenbehörde des Lahr-Dill-Kreises einzuholen.

Immissionsschutz II  
 Bearbeiter: Herr Riebel, Dez. 43-2, Tel. 0641/303-4479

In der Begründung zum Bebauungsplan wird auf eine Lärmimmissionsprognose verwiesen. Diese Prognose liegt mir nicht vor. Eine Stellungnahme kann erst nach

Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe, Grundwasserschadensfälle, Altlasten, Bodenschutz

**Zu 6: Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.**

Die genannten Flächen befinden sich teilweise jedoch außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes, sodass diesbezüglich kein weiterer Handlungsbedarf besteht.

Bei den innerhalb des Änderungsgeltungsbereiches gelegenen Flächen Nauborner Straße 142, 146 und 146a handelt es sich um Altstandorte gem. § 2 Abs. 5 Nr. 2 BBodSchG. In die 1. Änderung des Bebauungsplanes wird daher ein entsprechender Hinweis aufgenommen.

Immissionsschutz II

**Zu 7: Der Anregung wird gefolgt.**

Die schalltechnische Untersuchung wurde entsprechend vorgelegt.

Prüfung der schalltechnischen Untersuchung erfolgen. Ich bitte deshalb, mir das Gutachten zeitnah vorzulegen.

**Bergaufsicht**  
**Bearbeiter: Herr Hein / Frau Zapata, Dez. 44, Tel. 0641/303-4519/4533**

8. Der Geltungsbereich der o. g. Bauleitplanung liegt im Gebiet von drei erforschten Bergwerksfeldern, in denen Bergbau betrieben bzw. Untersuchungsarbeiten durchgeführt wurden. Nach den hier vorhandenen Unterlagen haben die bergbaulichen Arbeiten außerhalb des Planungsbereiches stattgefunden.

**Landwirtschaft**  
**Bearbeiter: Herr Meisinger, Dez. 51.1, Tel. 0641/303-5125**

9. Bezüglich der oben genannten Bauleitplanung werden aus Sicht des von mir zu vertretenden Belanges Landwirtschaft weder Hinweise noch Anregungen vorgetragen.

10. Meine Dezernate 53.1N Obere Naturschutzbehörde und Dez. 53.1F Obere Forstbehörde wurden von Ihnen im Verfahren nicht beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

  
Josep

**Zu 8: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**  
Es besteht jedoch kein weiterer Handlungsbedarf für das Bauleitplanverfahren.

**Zu 9: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**

**Zu 10: Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.**